

**(Abg. Jost)**

von 1,6 Prozent. Dies hat nichts mit der Auflösung der Oberfinanzdirektion zu tun. Im Einzelplan 04 ist die Zahl der Stellen zwischen 1999 und 2005 um 245 zurückgegangen. Das ist der Punkt, auf den ich aufmerksam gemacht habe. Die Bediensteten in der Steuerverwaltung sind zu Recht sauer; sie haben das Gefühl, schlecht behandelt zu werden.

Kollegin Heimes hat vorhin gesagt, dass es bei der Personalquote einen Rückgang gegeben habe. Aber dann müssen Sie auch zur Kenntnis geben, liebe Kollegin Heimes, dass Personalkosten in der Größenordnung von über 160 Millionen Euro deshalb nicht mehr im Landeshaushalt sind, weil beispielsweise die Universität jetzt einen Globalhaushalt hat und das Landesamt für Straßenbau in einen Landesbetrieb umgewandelt wurde. Wenn man also die Personalkosten im Haushalt 2005 mit denen im Haushalt 1999 vergleicht, ergibt sich eine Personalquote von 44 Prozent. Auch das gehört zur Wahrheit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD. - Zuruf der Abgeordneten Heimes (CDU).)

Ein weiteres Beispiel - ich nenne es noch einmal - ist die Situation der Betriebsprüfer in unserem Land. Die Zahl von hundert Betriebsprüfern stammt nicht von uns, sondern von Ihrem Vertreter, Herr Finanzminister. Wenn er der Auffassung ist, dass diese hundert fehlen, dann muss er auch dazu stehen.

(Weiterer Zuruf der Abgeordneten Heimes (CDU).)

Frau Kollegin Heimes, man kann ja bei einer Abstimmung vielleicht an der einen oder anderen Stelle nicht mitkommen, aber man muss wenigstens zuhören. Seit 1999 sind in der Finanzverwaltung 245 Stellen abgebaut worden - von Ihnen, nicht von uns.

(Erneuter Zuruf der Abgeordneten Heimes (CDU).)

Jetzt sagen Sie, dass hundert Leute in der Betriebsprüfung fehlen. Gleichzeitig verweisen Sie darauf, dass allein durch Umsatzsteuerbetrug ein jährlicher Schaden von 120 Millionen Euro entsteht. Das ist auch eine Frage von Steuergerechtigkeit. Es kann doch nicht sein, dass der Beschäftigte bei Ford, bei der Dillinger Hütte oder bei ZF jeden Monat seinen Lohnsteuerbeitrag liefert, während auf der anderen Seite dem Staat durch kriminelle Machenschaften 120 Millionen Euro Umsatzsteuer entzogen werden, und zwar auch deswegen, weil wir zu wenige Betriebsprüfer haben. Das ist eine Frage von Steuergerechtigkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auch deswegen muss man an das Thema herangehen.

(Beifall bei der SPD und bei B 90/Grüne.)

Wir haben unsere Vorschläge dazu gemacht, und ich komme noch einmal auf sie zurück - auch deshalb, weil an der einen oder anderen Stelle, beispielsweise in der Diskussion über den entsprechenden Haushalt, gesagt wurde, wir hätten da unseriöse Vorschläge gemacht. Wir haben in diesem Land 40 Abteilungsleiterstellen und 250 Referatsleiterstellen. 1999, im letzten Kabinett Klimmt, gab es 208 Referatsleiterstellen und knapp 30 Abteilungsleiterstellen. Ich bin der Auffassung, dass wir mit deutlich weniger als 250 Referatsleitern und 40 Abteilungsleitern und auch mit einem deutlich verkleinerten Kabinett arbeiten können, so wie es auch das Hesse-Gutachten vorschlägt.

(Zuruf.)

Wenn wir das umsetzen, können wir langfristig mehr Geld sparen als das, was wir bei den Grundschulen den Eltern aufzudrücken versuchen. Nehmen wir die zehn Millionen Euro lieber dadurch, dass wir längerfristig Abteilungs- und Referatsleiterstellen einsparen, statt Grundschulen zu schließen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei B 90/Grüne.)

Und wenn Sie mir nicht glauben, dann lesen Sie nach, was heute in der Saarbrücker Zeitung dazu steht. Das gilt auch für den Kollegen Ley. Es heißt dort: "Erstens müssen sämtliche Einspar- und Einnahmeföglichkeiten genutzt werden. Dazu gehört natürlich auch, dass die Finanzbehörden das Geld in die Kasse bekommen, das dem Staat auf Grund der Steuergesetzgebung zusteht. Dennoch gibt es, wie die aktuellen Debatten zeigen, durchaus Haushaltsreste - auch im zweistelligen Millionenbereich -, die sich aktivieren ließen. Auch durch Verschlankung der Verwaltung ließe sich Geld sparen, jedoch erst auf längere Sicht." Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer von den Menschen einen Solidarpakt abverlangt, wer von ihnen Opfer will, der muss mit gutem Beispiel vorangehen. Nehmen Sie unsere Vorschläge auf! Auf Dauer gesehen werden sie dem ganzen Land mehr nützen als schaden.

(Zuruf der Abgeordneten Heimes (CDU).)

Außerdem können wir so den Spruch des Deutschen Beamtenbundes umsetzen, dass man beim Sparen von oben nach unten kehrt. Das heißt, man muss oben anfangen, bevor man unten etwas abverlangt. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei B 90/Grüne.)

**Vizepräsident Vogtel:**

Das Wort hat der Kollege Alexander Funk.

**Abg. Funk (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Situation der öffentlichen Haushalte ist dramatisch. Der Schuldenberg in Deutschland ist gigantisch. Gerade die junge Generation sowie künftige Generationen leiden unter dieser Last, weil notwendige Investitionen in die Zukunft ausbleiben. Bundeskanzler Schröder sagt zu Recht: Wir brauchen Zukunftsinvestitionen statt Zinszahlungen. Diese Feststellung allein reicht jedoch nicht.

Wenn wir heute eine Million Euro neue Schulden machen, zahlen wir Zinsen; in 18 Jahren sind das zwei Millionen Euro. Dabei haben wir die eine Million Euro Schulden noch nicht zurückgezahlt. Allein der Bund zahlt mittlerweile 100 Millionen Euro an Zinsen, und zwar Tag für Tag. Der gesamte Schuldenstand beläuft sich aktuell auf 1.400 Milliarden Euro; dabei sind die Verbindlichkeiten der Sozialversicherung noch nicht berücksichtigt. 1.400 Milliarden Euro Schulden bedeuten für jeden einzelnen Bürger - gleich ob jung oder alt - eine Belastung von 17.000 Euro. Hierzu müssen noch die enormen Verpflichtungen aus den Renten- und Pensionskassen addiert werden, wenn man die Belastung der Bürger sauber bilanzieren möchte. In der Summe ergeben sich 82.000 Euro, die wir jedem neu geborenen Kind mit in die Wiege legen.

Auch der Landeshaushalt ist durch einen hohen Schuldenstand und eine hohe Neuverschuldung gekennzeichnet. Insofern ist es zunächst einmal ausdrücklich zu begrüßen, dass alle im Landtag vertretenen Parteien die Zeichen der Zeit erkannt und ihren Willen zum Sparen zumindest zum Ausdruck gebracht haben. Bei oberflächlicher Betrachtung könnte man sogar zu dem Schluss kommen, SPD, Grüne und FDP wollten noch mehr sparen als die Landesregierung, die ein Sparpaket im Umfang von 136 Millionen Euro vorgelegt hat. Als Neuling in diesem Parlament war ich dann aber schon ein wenig darüber verwundert, dass die gesamte Opposition einerseits jeden einzelnen CDU-Sparvorschlag ablehnte und auf der anderen Seite noch mehr sparen wollte.

(Zurufe.)

Einsparungen beim Staatstheater: das Ende der Eigenständigkeit des Saarlandes, Frauenbibliothek: Kulturschock, Blindengeld: unsozial, Gewerbesteuerentlastungsprogramm: falsches Signal, Zuschüsse Arbeitsloseninitiative: dummes Sparen, Grundschulstruk-

**(Abg. Funk)**

turreform: unzumutbar für das ganze Land. Egal welche Sparmaßnahme in den letzten Wochen und Monaten diskutiert wurde, die Opposition war sich in den meisten Punkten einig: so nicht. Jede einzelne Maßnahme wurde verurteilt. Umso gespannter richtete ich den Blick auf ihre Sparvorschläge, und umso enttäuscht wurde ich. Außer Luftbuchungen und Nebelkerzen war dort nämlich nichts zu finden. Natürlich gibt es ein paar Vorschläge, den einen oder anderen Titel aufzustocken und dafür andere zu kürzen. Das bestreite ich nicht; es ist im Rahmen unterschiedlicher Schwerpunktsetzung auch durchaus normal. Jetzt kann man noch darüber streiten, ob beispielsweise der Antrag der Grünen sinnvoll ist, bei den Zentralen Dienstleistungen im Bereich des Innenministeriums den Titel "Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume" um 700 Euro zu kürzen. Man kann aber auch zu der Auffassung kommen, dass alleine der Änderungsantrag der Grünen in diesem Fall mehr Bürokratiekosten verursacht hat als die vorgeschlagene Einsparsumme.

(Beifall von der CDU.)

Um unsere Haushaltsnotlage zu überwinden, erfordert es mehr, als bei irgendeinem Titel 700 Euro zu streichen. Es erfordert mehr Mut, den Menschen in diesem Land klar zu sagen, was wir uns noch leisten können und was nicht. Und es erfordert Verantwortung und Tatkraft, um das Notwendige für unser Land zu tun. Aber überall, wo es konkret um Sparvorschläge geht, wo es darum geht, Geld zu streichen und den Bürgern zu sagen, das können wir uns in Zukunft noch leisten und das nicht mehr, überall dort werden von der Opposition Nebelkerzen geworfen. Dann ist bei Ihnen von globalen Minderausgaben die Rede, dann schlagen Sie pauschale Kürzungen vor und rechnen sich den Haushalt schön, indem Sie nicht vorhandenes Geld einsparen wollen.

Das ist für mich ohnehin das Paradebeispiel Ihrer unseriösen Sparvorschläge: 40 Millionen oder noch mehr durch Haushaltsreste einzusparen. Die Kollegen Anke Heimes, Peter Hans, Peter Müller und Minister Jacoby haben alle bereits auf die Haushaltsreste hingewiesen. Selbst im Ausschuss in nicht öffentlicher Sitzung wurde Ihnen das Thema Haushaltsreste erklärt. Insofern ist es für mich unverständlich und ich frage mich als Neuling, warum Sie solche Vorschläge machen. - Ist es Unkenntnis, Naivität oder einfach nur böswillig? Wenn Sie sparen wollen, dann haben Sie bitte auch den Mut, den Menschen in diesem Land ganz konkret zu sagen, wie Sie das anstellen wollen. Sie verfahren bisher nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.

(Beifall von der CDU.)

Die Menschen in diesem Land haben es verdient, auch von einer Opposition konkrete Vorschläge gemacht zu bekommen. Meine Damen und Herren, die Situation der öffentlichen Haushalte ist dramatisch. Es besteht auch keine Veranlassung der gegenseitigen Schuldzuweisung. Die Menschen haben diese Rituale der Parteien satt. Sie erwarten Lösungen von uns. Sie wollen wissen, warum der Bund allein in diesem Jahr 218 Milliarden Euro Kredite aufnimmt und davon 195 Milliarden zur Tilgung fälliger Schulden verwenden muss.

Sie wollen wissen, wie wir im Saarland die Haushaltsnotlage bewältigen wollen und damit die Zukunftsfähigkeit sichern. Wir als CDU-Fraktion stellen uns dieser Verantwortung. Wir nehmen die Herausforderung im Interesse unseres Landes, im Interesse der Jugend und zukünftiger Generationen an. - Vielen Dank.

**Vizepräsident Vogtel:**

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. Der Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen hat zu Einzelplan 04 einen Änderungsantrag eingebracht, der Ihnen als Drucksache 13/224 vorliegt.

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag. Wer für die Annahme des Abänderungsantrages Drucksache 13/224 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann ist der Antrag bei einer Gegenstimme angenommen.

Der Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen hat ferner zu Einzelplan 17, Kapitel 17 04 (Zentrale Dienstleistungen im Bereich des Ministeriums der Finanzen) einen Abänderungsantrag eingebracht, der Ihnen als Drucksache 13/230 vorliegt.

Ich komme zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag. Wer für die Annahme des Abänderungsantrages Drucksache 13/230 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann ist der Antrag bei drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen angenommen.

Schließlich hat der Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen zu Einzelplan 21 - Allgemeine Finanzverwaltung - einen Abänderungsantrag eingebracht, der Ihnen als Drucksache 13/236 vorliegt.

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag. Wer für die Annahme des Abänderungsantrages ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann ist der Antrag mehrheitlich so beschlossen.

Es ist über Kapitel 04 01 (Ministerium der Finanzen) Einzelabstimmung beantragt. Wer für die Annahme des Kapitels 04 01 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Kapitel 04 01 mit Stimmenmehrheit angenommen ist.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Kapitel der in der Übersicht 3 zusammengefassten Einzelpläne und Kapitel unter Berücksichtigung der angenommenen Abänderungsanträge, soweit über sie noch nicht abgestimmt ist.

Wer für die Annahme ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass die Einzelpläne und Kapitel der Übersicht 3 unter Berücksichtigung der angenommenen Abänderungsanträge mit Mehrheit angenommen sind.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

**Zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ratifizierung des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen vom 24. Juni 1999 (Drucksache 13/126) (Abänderungsantrag Drucksache 13/222).**

Zur Berichterstattung erteile ich Frau Abgeordneter Gisela Rink das Wort.

**Abg. Rink (CDU), Berichterstatterin:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag des Saarlandes hat den Ihnen als Drucksache 13/126 vorliegenden und von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ratifizierung des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen vom 24. Juni 1999 in seiner sechsten Sitzung am 26. Januar dieses Jahres in Erster Lesung angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Wissenschaft überwiesen.

Der Gesetzentwurf zielt auf eine Weiterentwicklung des Hochschulzulassungsrechts im Saarland ab. Er setzt hochschulrahmengesetzliche Neuerungen hinsichtlich der Studienplatzvergabe in bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen in Landesrecht um. So wird beispielsweise die so genannte Hochschulauswahlquote von 24 Prozent auf 60 Prozent erhöht. Das heißt, die Mehrzahl der Studienplätze wird in Zukunft von den Hochschulen selbst vergeben. Gleichzeitig wird durch den Entwurf die gesetzliche Ermächtigungsgrundlage

**(Abg. Meiser)**

gefallen. Es ist nicht Schuld reklamiert worden, sondern Mitverantwortung für die Entwicklung der Republik und für die Entwicklung hier im Saarland.

Deshalb bitte ich doch einfach zur Kenntnis zu nehmen: Wir müssen bundesweit und europaweit darüber reden, dass die Globalisierung eine starke Veränderung der Mitbestimmung zwingend mit sich bringen wird - ich will das heute in diesem Rahmen nicht wiederholen - und dass wir gezwungen sind, uns international anzugleichen. Genauso müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass das Saarland im Bundesvergleich an Platz 16 liegt, wenn es um die geleisteten Arbeitsstunden geht. Und es wird niemand in Abrede stellen, dass dies ein entscheidender Wirtschaftsfaktor ist. Und wenn ein Wirtschaftsminister diesen Faktor aufruft und als Arbeitsminister sagt, darüber müssen wir diskutieren, ich fordere euch auf, Mitverantwortung zu tragen, wenn er dies ein Stück weit provokativ macht, um die Diskussion anzuschieben, dann halte ich das für eine verantwortbare Haltung des Wirtschaftsministers. Die Gewerkschaften sollten dann nicht beleidigt reagieren, sondern sie sollten vielleicht einmal in Rechnung stellen - und das haben wir auch gelassen gesehen -, wie sie ihre Rolle vor 1985 gesehen haben, nämlich mit Fackelzügen vor der Staatskanzlei, und nach 1985, wo alles mitgemacht wurde, wie sie bei der RAG Saarberg AG ein Saarberg-Einsatzteam gesehen haben, wo sie alles mitgemacht haben, und dass sie jetzt beim Personal-Service-Center hier den Bau abreißen, wie die Gewerkschaften den Bundestagswahlkampf der SPD offen mitfinanziert haben und dann auch noch sagen, sie wären neutraler Sachwalter der Arbeitnehmer. All dies haben wir ertragen - ohne diese Aufregung. Deshalb muss ich sagen: Kommen wir doch zurück auf die Basis, und die Basis sind die Fakten.

(Beifall bei der CDU.)

Und die Fakten heißen - ich mache es kurz -: Es sind nun einmal mehr als 40.000 neue Arbeitsplätze. Die Fakten heißen, dass wir trotz viel zu hoher Jugendarbeitslosigkeit auf diesem Gebiet nachweislich in Deutschland am meisten tun. Und Fakt ist auch, dass die Saar-Gemeinschaftsinitiative selbstverständlich auf eine gute Vorarbeit aufbaut, aber dass sie gemeinsam vorangeht. Dass man sich dort einig ist, aber nach außen dann Showgefechte macht, auch das tut der Sache nicht gut. Ein Letztes: Streichliste Arbeitsmarkt! Lieber Eugen Roth, Hartz 1, Hartz 4 - und das ist ein Kompliment an unsere mittlere Verwaltungsebene Stadtverband, Kreise und Kommunen - ist im Saarland gut gestartet. Das ist so, auch wenn Hartz 4 die Hoffnungen, die die Bundesregierung damit verknüpfen wollte, nicht wird erfüllen können. Deshalb halte ich es nicht für gut, heute den Eindruck zu erwecken, als sei hier keine gute Arbeit geleistet worden. Zweitens. Hartz 4 hat mit diesem Haushalt relativ wenig zu tun. Sie wissen am besten, dass sich Hartz 4 ganz stark über die Bundesagentur finanziert. Und Sie wissen zum Zweiten, dass dort in vielen Maßnahmen ein Paradigmenwechsel eingetreten ist, dass alles ausfinanziert ist, dass mehr Restmittel vorhanden sind, als wir im letzten Jahr aus den vorhergehenden Jahren im Haushalt hatten, und Sie wissen, das will ich noch einmal abschließend festhalten, auch sehr genau, dass das Jahr 2004 am Arbeitsmarkt mit Blick auf die Agentur für Arbeit ein Jahr des Stillstandes war, weil die Bundesregierung in dieser Frage nichts auf die Reihe gebracht hat. Das ist die Wahrheit! - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat Fraktionsvorsitzender Hubert Ulrich. Ich weise darauf hin, dass nach der Arbeitszeitvereinbarung noch zwei Minuten, 30 Sekunden Redezeit besteht.

(Zurufe.)

Nach der Redezeitverordnung, aber das ist bei uns auch Arbeitszeit.

**Abg. Ulrich (B 90/Grüne):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Georgi, Sie haben wieder versucht, uns hier mit einzelnen Zahlen glücklich zu machen oder besser gesagt, Sie haben versucht, sich selbst mit einzelnen Zahlen glücklich zu machen. Machen Sie das so! Das ist Ihre Sache. Aber was Sie dadurch vor allem machen, das ist das Werfen von Nebelkerzen. Sie haben kein Wort zu dem gesagt, worauf ich Sie eben hier angesprochen habe. Die zentrale Frage der Umstrukturierung, das ist für Sie als Wirtschaftsminister offenbar kein Thema in diesem Land. Darüber reden Sie nicht, Sie tun nichts, Sie schauen zu, wie ein Bergwerk nach dem anderen dichtgemacht wird. Es gibt keine Alternativen für die Bergleute, und es gibt keine Alternative für die Bergbaugeschädigten. Das ist für Sie alles kein Thema, da tun Sie einfach nichts.

(Zurufe von der CDU.)

Und zum zweiten zentralen Thema, zur Finanzierung der saarländischen Klein- und Mittelbetriebe und zu Ihrem Versuch, die Sparkassen zu privatisieren, auch dazu wird von Ihnen kein Wort gesagt. Offenbar ist es immer noch so, wie wir es hier schon zweimal erlebt haben, dass Ihre Fraktion Ihnen da einen Maulkorb umgehängt hat. Das ist auch vielleicht irgendwo von Vorteil. Trotzdem, die Öffentlichkeit möchte das schon gerne einmal wissen, was da jetzt weiter passieren soll.

Herr Müller, noch einen Satz zu Ihnen. Ihr Einwand eben zu der Saar-Gemeinschaftsinitiative, das war wieder der Versuch, die Öffentlichkeit in die Irre zu führen, das war wieder pure Heuchelei. Sie hier hinzustellen und den Eindruck zu erwecken, als ginge es Ihnen ernsthaft darum, die Opposition und andere gesellschaftliche Gruppen in diese Initiative einzubinden. Wenn Sie das machen wollten, dann müssten Sie das tun, was der Kollege Roth eben schon gesagt hat, dann müssten Sie Projekte mit uns zusammen entwickeln, dann müssten Sie über die Dinge diskutieren. Was Sie machen, ist, par ordre du mufti zu sagen: Opposition komm, hier ist die Initiative, jetzt unterschreibe hier, egal was da drinsteht. - So, Herr Müller, kann man damit nicht umgehen. Herr Müller, Ihnen fehlt das, was in der Privatwirtschaft von jedem und von jeder erwartet wird, die eine Leitungsfunktion übernehmen, die Teamfähigkeit. Herr Müller, Sie sind einfach nicht teamfähig und deshalb scheitert auch so vieles in diesem Lande.

(Beifall bei B 90/Grüne und bei der SPD.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat der Abgeordnete Alexander Funk.

**Abg. Funk (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einfalt hat einen Namen, das haben wir gestern schon gehört. Diese Ausführungen waren jenseits von gut und böse.

(Beifall bei der CDU.)

Die SPD fordert in ihren Änderungsanträgen gerade in Kapitel 08 05 (Maßnahmen zur Förderung des Arbeitsmarktes) deutlich höhere Haushaltsansätze. Sie versuchen so den Eindruck zu erwecken, wir müssten nur genügend Geld für die Arbeitsmarktförderung bereitstellen und schon würden die Arbeitslosenzahlen sinken. Meine Damen und Herren von der SPD, wenn es so einfach wäre, würden wir sofort Ihrem Antrag zustimmen - ach, was rede ich, wir würden die Ansätze verdoppeln, verdreifachen und wenn nötig verzehnfachen. Die Realität sieht leider etwas anders aus, und zwar aus zwei Gründen. Erstens. Sie wollen Geld bereitstellen, das überhaupt nicht abfließen kann, und zweitens wollen Sie Geld bereitstellen, das keinem nutzt.

Zu Punkt 1: So fordern Sie insbesondere für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Strukturanpassungsmaßnahmen über 1 Million Euro

**(Abg. Funk)**

zusätzlich. Sie fordern das, obwohl Sie im Ausschuss darauf hingewiesen wurden, dass auf Grund von zurückgefahrenen SGB III-Instrumenten der Bundesagentur für Arbeit die Kofinanzierungsmöglichkeiten des Landes schwinden. Das heißt, die Bundesanstalt führt diese Maßnahmen zurück, also kann das Land zwangsläufig weniger Mittel als Ergänzung einsetzen. Zu Punkt 2: Sie wollen Geld bereitstellen, das keinem nutzt. Spätestens an dieser Stelle muss man den Mut haben, einfach einmal zurückzublicken. Die Arbeitslosenzahl betrug im November 1998 3.947.000. Bundeskanzler Schröder sagte damals: Wir wollen uns daran messen lassen, in welchem Maße wir zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beigetragen haben. Es geht mir aber überhaupt nicht um Schuldzuweisungen.

(Zuruf von der SPD: Nein, überhaupt nicht!)

Auch die Regierung Kohl tat sich schwer mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wir müssen aber doch die Fakten zu Kenntnis nehmen: Während von 1991 bis 2000 in Großbritannien 1,9 Millionen und in Frankreich 1,8 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, verlor Deutschland 265.000 Stellen. In dieser Zeit sind aber in Deutschland 21,9 Milliarden Euro in die Arbeitsförderung geflossen. Was hat es gebracht? Die Wahrheit ist: Mit diesen Maßnahmen wurden sicherlich für einzelne Menschen Umbruchsituationen abgefedert, dem Arbeitsmarkt aber hat es nichts geholfen.

Die Regierung Kohl setzte auf ABM, die Bundesregierung unter Schröder führte hingegen neue Instrumente ein. Das ist übrigens das Schizophrene an Ihrem Antrag, die AB-Maßnahmen im Saarland auszuweiten: Clement führt sie auf Bundesebene zurück und setzt auf andere Förderinstrumente, Sie aber wollen sie im Saarland ausweiten.

Die rot-grüne Bundesregierung setzt nun auf Hartz. Hartz 1 bis 4 - Fördern und Fordern -, das sind jetzt die Zauberworte. Die Bundesregierung stellt seit Jahren Milliarden Euro bereit für Programme wie „Kapital für Arbeit“, „Ich-AG“ und Ähnliches. Was haben sie den Arbeitslosen genutzt? Das Programm „Kapital für Arbeit“ - der so genannte Job-Floater - war gar so erfolgreich, dass es bereits im Frühjahr des vergangenen Jahres eingestellt wurde. Es hat viel Geld gekostet, aber statt der erwarteten jährlich 120.000 neuen Jobs gerade einmal jährlich 12.800 neue Jobs gebracht.

Des Weiteren gibt es die PSA, die Personal-Service-Agenturen. In diesem Zusammenhang sind jährlich 350.000 neue sozialversicherungspflichtige Jobs versprochen worden. Realität, Stand Januar: Es sind 27.500 geworden.

Wir müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass all diese Arbeitsmarktmaßnahmen lediglich die Wunden lindern, nicht aber die Krankheit beseitigen. Wir brauchen zwei Dinge: Wachstum, das bedeutet auch neue Arbeitsplätze, und gut ausgebildete und qualifizierte Arbeitnehmer. Daher lobe ich ausdrücklich den Wirtschaftsminister, der auch in diesem Haushalt den Schwerpunkt auf die Förderung der beruflichen Erstausbildung gelegt hat.

Neben dem Programm „Ausbildung jetzt“ gibt es zwei weitere Schwerpunkte: die Förderung des dualisierten Berufsgrundschuljahres und die Förderung von Kursen zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses. Diese Maßnahmen genießen Vorrang, denn der Schritt ins Erwerbsleben ist die wichtigste Hürde auf dem Weg in ein erfolgreiches Erwachsenenleben. Aber auch Langzeitarbeitslose werden weiterhin durch Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen unterstützt.

Insgesamt stehen für all diese Arbeitsmarktmaßnahmen für 2005 rund 6,6 Millionen Euro zur Verfügung. Die aktive Arbeitsmarktpolitik der saarländischen Landesregierung wird also auch in diesem Jahr auf hohem Niveau fortgesetzt. Die Landesregierung wird von uns, von der CDU-Fraktion, dabei voll unterstützt. - Vielen Dank.

(Beifall von der CDU.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat Herr Wirtschaftsminister Dr. Hanspeter Georgi.

**Minister Dr. Georgi:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auf einige Beiträge, die in diesem Hohen Hause gemacht wurden, eingehen.

Zunächst zum Tourismus, der ja schon mehrfach angesprochen wurde - gestern und heute. Dass das hier im Lande ein konstruktives Miteinander ist. Herr Maas hat ja auch unsere Homepage zitiert. Ich habe hier ein neues Bild, das zeigt die Chefin, die Präsidentin, des DEHOGA mit der Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsführerin der Tourismuszentrale Saarland und dem Wirtschaftsminister auf der ITB.

(Abg. Willger-Lambert (B 90/Grüne): Bitte größer! Man kann gar nichts erkennen. - Abg. Stritter (SPD): Sind Sie da drauf? Was für ein schönes Bild! - Zuruf von der SPD: Aber schwarz-weiß. Alles nur schwarz-weiß.)

Die ITB bot noch einmal Belege dafür, dass die Arbeit der Tourismuszentrale Saarland in den vergangenen Jahren an Qualität, an Professionalität und an Güte gewonnen hat. Auch die Tourismusbranche bestätigt das. Jeder, der die ITB besucht hat, auch die Abgeordnete Rehlinger von der SPD, konnte sich davon ein Bild machen.

(Abg. Stritter (SPD): Eine Kopie. Normalerweise haben Sie doch Folien dabei! - Abg. Willger-Lambert (B 90/Grüne): Powerpoint! - Zuruf: Zeigen Sie doch einmal etwas Fröhliches! - Weitere Zurufe.)

Und sich sage Ihnen mit Blick auf den Tourismus: Wir hatten in den vergangenen Jahren mehr als 150.000 Besucher im Land - sei es durch „Gärten ohne Grenzen“, sei es durch das Radwegenetz, sei es durch das Weltkulturerbe. Das hat es in diesem Lande zuvor noch nie gegeben, bei keiner Ausstellung, auch nicht bei „Prometheus“! Und dabei war das Marketingbudget für „Prometheus“ ein Mehrfaches von dem, was jetzt ausgegeben worden ist!

(Beifall von der CDU.)

Wir haben das Wegweisersystem eingeführt. Wir werden bundesweit wegen des Radwege-Wegweisersystems gelobt.

(Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD). - Abg. Jost (SPD): Sagen Sie doch einmal etwas zu den Fritten! - Weitere Zurufe.)

Wir haben den Landkreisen angeboten - und werden das in diesem Jahr mit 850.000 Euro finanzieren - - Auch das Wandernetz wird entsprechend mit Wegweisern ausgestattet.

(Abg. Jost (SPD): Wie ist das mit den Fritten?)

Und ich sage Ihnen: Das Verhältnis zwischen der Gastronomie und Hotellerie, der Tourismuszentrale Saarland und dem saarländischen Wirtschafts- und Arbeitsminister ist ein hervorragendes. Wir wissen - -

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Ja, das haben wir alle gelesen. - Weiterer Zuruf: Einwandfrei!)

Wir wissen: Wir als Politik müssen besser werden.

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Das haben wir alle gelesen!)

Wir haben im Vergleich zu 1999 und der Zeit davor vieles verbessert.

(Abg. Jost (SPD): Wie ist denn das nun mit den Fritten? - Anhaltendes Sprechen.)

**(Vizepräsident Vogtel)**

Ich erteile das Wort zur Berichterstattung über die in der Übersicht 5 aufgeführten Einzelpläne Herrn Abgeordneten Alexander Funk.

**Abg. Funk (CDU), Berichterstatter:**

Herr Präsident! meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 06 umfasst die Kapitel 06 01 bis 06 34. Hinzu kommen aus dem Einzelplan 17 das Kapitel 17 06 und aus dem Einzelplan 20 die Kapitel 20 06, 20 11, 20 21, 20 23 und 20 27. Der Ausschuss hat sich in zwei Sitzungen mit dem Einzelplan befasst. Die Gesamteinnahmen betragen 16,217 Millionen Euro, die Gesamtausgaben steigen um 18,848 Millionen auf nunmehr 768,150 Millionen Euro.

In Kapitel 06 01 (Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft) betragen die Ausgaben 12.726.400 Euro. Hier sind vier Planstellen und eine Angestelltenstelle weniger vorgesehen als noch im Vorjahr. In Kapitel 06 02, bei den allgemeinen Bewilligungen, sind Ausgaben von 101.475.000 Euro vorgesehen, das bedeutet einen Zuwachs von 9.842.600 Euro. Die Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich hier auf 3.230.000 Euro. In Kapitel 06 04 (Grundschulen) sind 20 Planstellen weniger vorgesehen. Die Ausgaben belaufen sich hier auf 95.379.300 Euro, was im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 2.263.500 Euro bedeutet. In Kapitel 06 05, bei den Schulen für Behinderte, belaufen sich die Ausgaben auf insgesamt 42.294.500 Euro. Hier ist eine Steigerung von 7.044.800 vorgesehen. Hier sind erstmals auch die Mittel der Staatlichen Schule für Blinde, Sehbehinderte mit Heim sowie die Staatliche Schule für Körperbehinderte mit Heim, ehemals die Kapitel 06 31 und 06 32, erfasst.

Kapitel 06 08 (Gymnasien) sieht ein Plus von 19 Planstellen vor. Die Ausgaben belaufen sich hier auf 86.704.400 Euro. Kapitel 06 09 (Landesinstitut für Pädagogik und Medizin) verzeichnet Ausgaben von 1.605.100 Euro. Die Gesamtausgaben in Kapitel 06 10 (Gesamtschulen) belaufen sich auf 33.522.200 Euro. Bei Kapitel 06 11 (Berufsschulen) sieht der Stellenplan zwei Planstellen weniger vor. Die Ausgaben belaufen sich hier auf 73.158.700 Euro. In Kapitel 06 13 (Fachschulen) belaufen sich die Ausgaben auf 426.900 Euro. Kapitel 06 15 (Staatliche Studienseminare) sieht Ausgaben von 8.930.200 Euro vor. Bei Kapitel 06 16 (Erweiterte Realschulen) sind vier Planstellen weniger vorgesehen. Die Gesamtausgaben belaufen sich hier auf 82.197.000 Euro. Das entspricht einem Mehr von 1.855.800 Euro.

Kapitel 06 18 (Hochschule für Technik und Wirtschaft) sieht Ausgaben von 13.973.700 Euro vor. Hier sind zwei Planstellen mehr vorgesehen. In Kapitel 06 19 (Hochschule für Musik) belaufen sich die Ausgaben auf 3.711.400 Euro. Kapitel 06 20 (Hochschule der Bildenden Künste) sieht Ausgaben von 2.548.400 Euro vor.

Kapitel 06 21 beschäftigt sich mit der Universität. Hier ist eine Planstelle weniger beabsichtigt. Der Plan sieht hier Zuführungen des Landes für laufende Zwecke in Höhe von 137.800.000 Euro vor. Die Zuführungen des Landes zur Personalkostensteigerung betragen 700.000 Euro, die Zuführung des Landes für Forschung und Lehre im Bereich der Medizinischen Fakultät 11.930.000 Euro. Die Gesamtausgaben belaufen sich somit auf 153.930.000 Euro, das bedeutet einen Zuwachs von 12.180.000 Euro.

Kapitel 06 23 (Kunst- und Kulturpflege) verzeichnet Ausgaben von 26.580.100 Euro. Das entspricht einem Mehr von 3.011.200 Euro. Zudem gibt es Verpflichtungsermächtigungen von 1.505.000 Euro. In Kapitel 06 25 (Weiterbildung und Qualifizierung) belaufen sich die Ausgaben auf 3.214.000 Euro. Kapitel 06 26 (Büchereiamt) sieht Ausgaben von 399.200 Euro vor. In Kapitel 06 27, der deutsch-französischen Zusammenarbeit, sind Ausgaben von 482.300 Euro vorgesehen.

Kapitel 06 29 (Kindergärten, Kinderkrippen und Kinderhorte) verzeichnet Ausgaben von 41.745.800 Euro. Hier bestehen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1,350 Millionen Euro. Kapitel 06 04 (Kultus) verzeichnet Ausgaben von 1.145.300 Euro. Im Einzelplan 17

werden in Kapitel 17 06 Ausgaben in Höhe von 3.092.500 Euro verzeichnet.

Im Einzelplan 20 sind in Kapitel 20 06 (Staatliche Hochbaumaßnahmen im Bereich des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft) Ausgaben von 2.101.700 Euro vorgesehen. Das entspricht einem Zuwachs von 930.000 Euro. Kapitel 20 11 (Hochbaumaßnahmen im Bereich der außeruniversitären Hochschulen) sieht Einnahmen von 248.000 Euro vor; das entspricht einem Rückgang von 146.700 Euro. Die Ausgaben belaufen sich hier auf 1.408.100 Euro.

In Kapitel 20 21 (Hochbaumaßnahmen im Bereich der Universität) belaufen sich die Ausgaben auf 37,235 Millionen Euro. In Kapitel 20 23 (Hochbaumaßnahmen im Bereich des Universitätsklinikums des Saarlandes) belaufen sich die Ausgaben auf 19.666.900 Euro. Bei Kapitel 20 27 (Investitionshilfen zum Bau nichtstaatlicher Schulen) belaufen sich die Ausgaben auf 12.400.300 Euro.

Im Ausschuss wurden von allen Fraktionen Änderungsanträge gestellt. Alle Anträge, die eine Mehrheit fanden, liegen Ihnen in Übersicht 5 vor. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen die Annahme des Einzelplans 06 unter Einbeziehung der Änderungsanträge, die im Ausschuss die Mehrheit fanden. - Herr Präsident, meine Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Vogtel:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Kollege Reiner Braun.

**Abg. Braun (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bildung genießt auch in haushaltspolitisch schwierigen Zeiten bei der SPD-Fraktion höchste Priorität. Bildung ist zudem bei uns verknüpft mit Kinder- und Familienfreundlichkeit. Investieren in mehr und bessere Bildung kommt im Krisenvokabular der Landesregierung leider nicht vor, ein verhängnisvoller Fehler. Investitionen in Bildung sind hochrentable Investitionen. Sie sind eine zentrale Voraussetzung für Wachstum und Arbeitsplätze. Der Spruch des Ministerpräsidenten von den kleinen Kindern und den kleinen Schulden, mit denen er im Nachhinein den Grundschulschließungsplänen noch Sinn verleihen will, ist ebenso platt wie falsch.

(Beifall bei der SPD.)

Wer heute an der Bildung spart, produziert die Sozialhilfeempfänger von morgen, ein verdammt hoher Preis. Die Pläne der Landesregierung, künftig nur solche Grundschulen zuzulassen, die mindestens zwei Klassen je Klassenstufe aufweisen, sind abzulehnen. Das von der Landesregierung gewollte Ordnungsprinzip Zweizügigkeit ist willkürlich gewählt. Es ist unsinnig und wird in keinem anderen Bundesland praktiziert. Es ist eine reine Sparmaßnahme, von der Professor Jarass gesagt hat, hier handele es sich um "beknacktes, aber nicht um intelligentes Sparen".

(Beifall bei der SPD.)

Die Grundschulschließungspläne der Landesregierung sind nicht geeignet, tragfähige Antworten auf die demografischen und pädagogischen Herausforderungen unserer Zeit zu finden. Im zentralen Politikfeld Bildung, Kultur und Wissenschaft belegt dieses Land nur Absteigerplätze, vor allem dann, wenn entsprechende Rankings auf der Grundlage breiter empirischer Untersuchungen, auf der Grundlage von Sachverstand, auf der Grundlage des Statistischen Bundesamtes oder der KMK erfolgen und nicht auf Wunschdenken des Bildungsministers oder gar auf Aufsteigerlandsphantasien des Ministerpräsidenten.